

Soziale Integration und Städtebauförderung



14. November 2005, Internationale Konferenz



Unterzeichnung des Kooperationsabkommens der Dualen Hochschule Baden-Württemberg Heidenheim mit der Universität Newport



15. November 2005, Internationale Konferenz



15. November 2005, Internationale Konferenz

Zum Abschluss einer zweitägigen Konferenz über integrierte Städtebauförderung, zu der die Stadt Heidenheim ihre Partnerstädte und Experten aus Regierung und Verbänden eingeladen hatte, zieht Oberbürgermeister Bernhard Ilg Bilanz: "Wir waren uns einig, dass die Städte es verdient haben, in den Mittelpunkt europäischer Förderstrategien gerückt zu werden. Wenn auf kommunaler Ebene Stadtsanierung und Integration benachteiligter Bevölkerungsgruppen verknüpft werden, lassen sich mit einem integrierten Handlungsansatz mehrere Probleme gleichzeitig lösen. Dazu gehören insbesondere die Integration der Zuwanderer, Bildungschancen für Arbeitslose, die Überalterung der Bevölkerung und die Tatsache, dass viele Städte schrumpfen."

Die Europäische Union ist dabei, für den Zeitraum ab 2007 die Förderprogramme und -gebiete neu auszurichten. Die Konferenz kam zu dem Ergebnis, dass die EU dabei die Städtebauförderung nicht aus dem Auge verlieren dürfe. Deshalb erarbeitet die Stadt Heidenheim jetzt aus den Vorträgen und Diskussionsbeiträgen der Konferenz ein Positionspapier, das von allen beteiligten Städten (neben Heidenheim die Partnerstädte Clichy, St. Pölten, Newport, Sisak, Döbeln, Jihlava) autorisiert und dann der Europäischen Kommission vorgelegt wird.

Laut Ilg kam die Konferenz überein, nicht nur Forderungen aufzustellen, sondern die Anfrage nach Fördermöglichkeiten zu verknüpfen mit einem konkreten Pro-

jektvorschlag. Es kristallisierte sich schon während der Tagung heraus, dass mehrere Städte an einem gemeinsamen Projekt interessiert wären, das die Bildungschancen für am Arbeitsmarkt Benachteiligte erhöht und die gesellschaftliche und sprachliche Integration der zugewanderten Bevölkerung aller Altersstufen verbessert. Die Beteiligten wollen sich von dem hohen Verwaltungsaufwand, den EU-Projekte mit sich bringen, nicht abschrecken lassen. Vielmehr erkennen sie, dass es sich lohnt, bei vergleichbaren Problemlagen voneinander zu lernen, wie die Aufgaben gelöst werden können.

Von diesen hochaktuellen Aspekten der Sozial- und Bildungspolitik lässt sich nach Überzeugung der Konferenzteilnehmer die Städtebauförderung, die sich überwiegend mit Stadtgestaltung, Wohnraumversorgung und Infrastruktur beschäftigt, nicht mehr trennen. In diesem Zusammenhang wurde auch über die von Altindustrien zurückgelassenen, in vielen Fällen mitten in der Stadt liegenden Brachflächen diskutiert.